

VERMERK

Betr.: **Zusammenfassender Bericht über die Plenartagung**
 – **Brüssel, 30./31. Mai 2003**

I. EINLEITUNG

Der Vorsitzende hat kurz die Dokumente vorgestellt, die den Mitgliedern des Konvents in den Tagen vor der Plenartagung übermittelt worden waren. Die Konventsmitglieder erhalten nun zum ersten Mal ein Gesamtbild von dem Entwurf der Verfassung mit ihren Teilen I, II, III und IV und der Präambel. Der Vorsitzende teilte mit, dass das Präsidium den Text noch einmal aufmerksam gelesen und bestimmte Änderungen am zunächst vorgeschlagenen Text vorgenommen hat, um den von den Mitgliedern des Konvents vorgelegten Änderungsvorschlägen Rechnung zu tragen. Er beschrieb die wichtigsten Änderungen, die an den Artikeltexten vorgenommen worden waren.

Was die Organe anbelangt, so wurde der Text nicht geändert, da das Präsidium der Ansicht war, dass es in Anbetracht der Anzahl, vor allem aber der Art der Bemerkungen der Mitglieder des Konvents zu dem Text angebracht ist, diesem Thema noch mehr Zeit und Überlegung zu widmen.

Anschließend stellte der Vorsitzende das Arbeitsprogramm des Konvents für die kommenden Wochen vor. Um für die Bewertung der institutionellen Fragen möglichst umfassende Anhaltspunkte zu gewinnen, ist das Präsidium übereingekommen, dass der Vorsitzende und die beiden stellvertretenden Vorsitzenden am Mittwoch den 4. Juni Konsultationen mit den einzelnen Gruppierungen des Konvents abhalten. Auf der Plenartagung am 5. und 6. Juni soll Teil I der Verfassung (mit Ausnahme der institutionellen Fragen) erörtert werden, um dem Präsidium die erforderlichen Hinweise für etwaige spätere Änderungen zu geben.

II. AUSSPRACHE ÜBER DIE TEXTENTWÜRFE ZUR VERSTÄRKTEN ZUSAMMENARBEIT (CONV 723/03)

Einleitung

Der Vorsitzende fasste noch einmal kurz die wesentlichen Züge des Mechanismus der verstärkten Zusammenarbeit zusammen, der mit dem Vertrag von Amsterdam geschaffen, anschließend mit dem Vertrag von Nizza geändert, aber nie angewandt worden war.

Die vom Präsidium vorgelegten Artikelentwürfe zielen im Wesentlichen auf eine Vereinfachung des Aufbaus und Wortlauts der derzeitigen Bestimmungen über die verstärkte Zusammenarbeit ab. Es handelt sich um Artikel 32 b, der in der neuen Nummerierung Artikel I-43 wurde. Weitere Bestimmungen sind in Teil III der Verfassung enthalten, und zwar in den Artikeln I bis P, die in der neuen Nummerierung Artikel III-318 bis III-325 wurden.

Das Präsidium schlug außerdem einige sachliche Änderungen vor, die insbesondere das Verfahren für die Einleitung einer verstärkten Zusammenarbeit erleichtern und die Rolle der Kommission bei der Verwaltung einer verstärkten Zusammenarbeit stärken sollen. Die Bedingung des "letzten Mittels" wurde etwas klarer gefasst und die Mindestteilnehmerzahl auf ein Drittel der Mitgliedstaaten festgelegt, was sinngemäß dem Vertrag von Nizza entspricht, wo die Schwelle auf acht Mitgliedstaaten festgelegt worden war.

Ferner soll durch die Bezugnahme auf etwaige objektive Beteiligungsvoraussetzungen die Ermessensbefugnis der Kommission und des Rates in Bezug auf Anträge auf Beteiligung an einer bereits begründeten verstärkten Zusammenarbeit, die Mitgliedstaaten an diese Organe richten, begrenzt werden, was dem Grundsatz der Öffnung stärker entspricht.

Was die eingegangenen Änderungsvorschläge anbelangt, so hat der Vorsitzende vorgeschlagen, dem Vorschlag eines Mitglieds des Konvents, diesen Mechanismus abzuschaffen, nicht zu folgen. Er wies in diesem Zusammenhang auf die Gründe für die Einführung eines solchen Mechanismus hin, nämlich Schaffung eines Instruments, das sich auf längere Sicht als nützlich erweisen könnte, insbesondere wenn man der zunehmenden Heterogenität der Mitgliedstaaten der erweiterten Union Rechnung tragen wolle. Dank dieses Mechanismus könnte eine Gruppe von Mitgliedstaaten innerhalb statt außerhalb des Rahmens der Union handeln, was im Interesse der Union und aller ihrer Mitgliedstaaten läge. Er wies in diesem Zusammenhang abermals auf den offenen und umfassenden Charakter der verstärkten Zusammenarbeit hin, die als ein Instrument der fortschreitenden Integration konzipiert sei.

Was die übrigen Änderungsvorschläge anbelangt, so zielen einige darauf ab, den Rückgriff auf eine verstärkte Zusammenarbeit beispielsweise durch Herabsetzung der Mindestzahl der beteiligten Mitgliedstaaten zu erleichtern. Die übrigen zielen hingegen darauf ab, zu den Texten des Vertrags von Nizza zurückzukehren. Die Mitglieder des Konvents werden Gelegenheit haben, ausgehend von den Beratungen dieses Tages weitere Änderungsvorschläge vorzulegen; das Sekretariat wird eine Übersicht über die Änderungsvorschläge erstellen, bevor das Präsidium dann die endgültige Textfassung erstellt.

o
o o

Insgesamt wurden die Artikelentwürfe, insbesondere deren redaktionelle Vereinfachung, positiv aufgenommen (außer von einem Mitglied des Konvents, das vorschlägt, alle Bestimmungen über die verstärkte Zusammenarbeit zu streichen). Das Argument, dass eine Zusammenarbeit zwischen bestimmten Mitgliedstaaten besser innerhalb als außerhalb des Rahmens der Union stattfinden sollte, wurde oft vorgebracht. Ein anderes Argument für dieses Instrument ist sein umfassender Charakter, auch wenn einige Mitglieder des Konvents darauf bestanden, dass die Beteiligung oder Nichtbeteiligung im Ermessen der Mitgliedstaaten liegen muss und dass diese sich gegebenenfalls auch wieder aus der verstärkten Zusammenarbeit zurückziehen können müssen.

Viele Mitglieder des Konvents haben jedoch unterstrichen, dass die verstärkte Zusammenarbeit keine Alternative zum generellen Übergang zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit insbesondere im Bereich der GASP darstellen könne, was nach wie vor Vorrang haben müsse.

Zur Sache wurden mehrere Fragen aufgeworfen.

Mindestteilnehmerzahl:

Hierzu gab es unterschiedliche Meinungen. Einige Mitglieder unterstützten den Vorschlag des Präsidiums, die Schwelle auf ein Drittel festzusetzen, andere schlugen vor, sie - insbesondere im Bereich der ESVP - noch weiter herabzusetzen, andere wollten zu der festen Zahl von acht Mitgliedstaaten, wie im Vertrag von Nizza, zurückkehren und wiederum andere wollten die Schwelle auf die Hälfte der Mitgliedstaaten anheben. Ein Mitglied schlug vor, keine Schwelle festzusetzen, sondern darüber nach demselben Verfahren wie für die ursprüngliche Ermächtigung von Fall zu Fall je nach Bereich zu entscheiden.

Verfahren für die ursprüngliche Ermächtigung:

Mehrere Mitglieder des Konvents haben sich für eine Lockerung des Ermächtigungsverfahrens und eine Stärkung der Rolle der Kommission ausgesprochen. Insbesondere sollte die Kommission (außer im Bereich der GASP) von sich aus die Schaffung einer verstärkten Zusammenarbeit vorschlagen können, auch ohne vorherigen förmlichen Antrag einiger Mitgliedstaaten. Für den Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen schlug ein Mitglied jedoch vor, dass die an einer verstärkten Zusammenarbeit - insbesondere zur Schaffung der Europäischen Staatsanwaltschaft - interessierten Mitgliedstaaten ihren Antrag beim Rat stellen können, auch ohne Vorschlag der Kommission (und ohne Zustimmung des Europäischen Parlaments).

Einige sprachen sich wiederum für die Einstimmigkeit bei der Einleitung einer verstärkten Zusammenarbeit aus.

Verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der GASP:

Einige Mitglieder des Konvents waren skeptisch, was die Möglichkeit anbelangt, im Rahmen der GASP eine verstärkte Zusammenarbeit einzuleiten, die über die Durchführung einer gemeinsamen Aktion oder die Annahme eines gemeinsamen Standpunkts, entsprechend dem Vertrag von Nizza, hinausgeht. Einige wiesen auf den Mechanismus der konstruktiven Enthaltung hin, der bereits die in diesem Bereich erforderliche Art von Flexibilität biete. Einige andere wollten hinsichtlich der Möglichkeit, die Frage der Einleitung einer verstärkten Zusammenarbeit auf diesem Gebiet dem Europäischen Rat vorzulegen, der dann einstimmig beschließt, zum Vertrag von Nizza zurückkehren.

Mehrere Mitglieder des Konvents betonten jedoch, dass der Einsatzbereich des Instruments der verstärkten Zusammenarbeit im Rahmen der GASP nicht beschränkt werden dürfe, schon gar nicht, wenn die einstimmige Beschlussfassung die Regel bleibe.

Verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der ESVP:

Zu diesem Thema gab es viele und sehr unterschiedliche Beiträge.

Mehrere Mitglieder billigten den Text des Präsidiums, nach dem der Verteidigungsbereich nicht vom Anwendungsbereich des Instruments der verstärkten Zusammenarbeit ausgenommen ist, dessen Bestimmungen aber nicht auf die in diesem Bereich bereits vorgesehen besonderen Formen der Zusammenarbeit (Artikel I-40 und III-205 bis 209) anwendbar wären. Einige dieser Mitglieder wollten jedoch die Anwendung der Bestimmungen über die verstärkte Zusammenarbeit bei der Schaffung eines Rüstungsamtes (Artikel III-207) nicht von vorneherein ausschließen, während andere wünschten, dass im Bereich der Verteidigung nur der allgemeine Mechanismus der verstärkten Zusammenarbeit wegen seines umfassenderen Charakters angewandt wird und nicht die besonderen Formen der Zusammenarbeit in diesem Bereich [insbesondere bei der "strukturierten Zusammenarbeit" (Artikel III-208) und der gegenseitigen Verteidigung (Artikel III-209)].

Einige andere Konventsmitglieder wiederum waren gegen jede Form der Flexibilität im Verteidigungsbereich, ob es sich nun um die Möglichkeit einer verstärkten Zusammenarbeit oder die anderen besonderen Formen der Zusammenarbeit gemäß Artikel I-40 handelt.

Grundsatz der Öffnung und Beteiligungsvoraussetzungen:

Gegen die eventuellen Beteiligungsvoraussetzungen gab es bei einigen Konventsmitgliedern, die fürchteten, dass dadurch der Grundsatz der Öffnung untergraben werde, gewisse Widerstände. Andere hingegen hoben hervor, dass diese objektiven Voraussetzungen, die zum Zeitpunkt der Einleitung einer verstärkten Zusammenarbeit wie zu jedem späteren Zeitpunkt gleich blieben, den Ermessensspielraum bei Anträgen auf spätere Beteiligung verringern und somit den Grundsatz der Öffnung verstärken.

Einige Konventsmitglieder schlugen vor, eine "Kohäsionsklausel" vorzusehen, wonach Mitgliedstaaten, die sich beteiligen wollen, dazu aber noch nicht in der Lage sind, Hilfe erhalten.

III. AUSSPRACHE ÜBER DIE TEXTENTWÜRFE ZUR ORDNUNGSPOLITIK

Der Vorsitzende eröffnete die Diskussion mit Ausführungen zum Text der überarbeiteten Artikel über die Ordnungspolitik. Diese waren auf der Grundlage der Schlussfolgerungen der Gruppe

"Ordnungspolitik" erstellt worden, wobei auch die spätere Aussprache im Plenum vom November 2002 und die Empfehlungen der Gruppe "Vereinfachung" berücksichtigt wurden. Der Vorsitzende ersuchte den Konvent, das Thema Steuern in die Aussprache einzubeziehen, da es auch Teil der Beratungen der Gruppe "Ordnungspolitik" gewesen war.

Eine große Zahl von Mitgliedern des Konvents erkannte an, dass die Artikelentwürfe des Präsidiums gegenüber der derzeitigen Situation einen Fortschritt darstellten, obwohl einige bedauerten, dass die Texte nicht noch weiter gingen. Eine Reihe von Mitgliedern betonte, dass der Ausbau der Bestimmungen über die Koordinierung der Wirtschaftspolitik ein wesentlicher Bestandteil einer reibungslos funktionierenden Wirtschafts- und Währungsunion sei. Einige hielten die vorgeschlagenen Texte für zu ehrgeizig oder an der Grenzen dessen, was sie akzeptieren könnten.

Es gab spezielle Anträge einer Reihe von Konventsmitgliedern, der Kommission und dem Europäischen Parlament bei der wirtschaftspolitischen Koordinierung eine größere Rolle zu geben. Während der Vorschlag, in dem Artikel über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit anstelle einer Empfehlung einen Vorschlag der Kommission vorzusehen, weitgehend begrüßt wurde, wünschte eine große Zahl derer, die sich zu diesem Punkt äußerten, dass diese Bestimmung auch in die Verfahren in Bezug auf die Grundzüge der Wirtschaftspolitik aufgenommen wird. Ferner wurde der Wunsch geäußert, das Europäische Parlament - im Prinzip durch ein Recht auf Anhörung - stärker in die Ausarbeitung der Grundzüge einzubeziehen. Mehrere Mitglieder waren aber gegen eine Ausweitung der Rolle der Kommission oder des Parlaments in diesen Bereichen.

In einer Reihe von Wortbeiträgen wurde das vorgeschlagene Protokoll über die Eurogruppe begrüßt, obwohl mehrere anmerkten, dass es nicht wirklich nötig sei. Einige würden gerne noch weiter gehen und entweder einen förmlichen Rat "ECOFIN Euro-Währungsgebiet" schaffen oder die ausschließlichen Beschlussfassungsbefugnisse der dem Euro-Währungsgebiet angehörenden Mitgliedstaaten ausdehnen und den Umfang dieser Befugnisse klarstellen. In einigen wenigen Wortbeiträgen wurde die Ansicht vertreten, dass der derzeitige Vorschlag in Artikel III-86 Absatz 3 zu einer begrenzten Ausdehnung dieser Beschlussfassungsbefugnisse der Länder des Euro-Währungsgebiets nicht klar genug sei. Andere waren der Ansicht, dass jede Änderung dieser Art als spaltend betrachtet würde und daher zu vermeiden sei.

In einer Reihe von Wortbeiträgen wurden die Bestimmungen über die Außenvertretung des Euro weitgehend begrüßt. Mehrere waren jedoch der Ansicht, dass in dieser Bestimmung ausdrücklich vorgesehen werden sollte, dass diese Aufgabe der Kommission übertragen wird. Es wurde aber auch vorgeschlagen, diese Aufgabe lieber dem Vorsitzenden der Eurogruppe zu übertragen.

In einem Wortbeitrag, dem sich anschließend verschiedene andere Redner anschlossen, wurde ein ständiger Posten gemeinsam für die bestehenden Funktionen des Kommissars für Wirtschafts- und Finanzfragen und des ECOFIN-Präsidenten gefordert.

In mehreren Wortbeiträgen wurde auf Teil I der Verfassung Bezug genommen. Einige Redner schlugen vor, den Text von Artikel I-14 über die Koordinierung der Wirtschafts- und der Beschäftigungspolitik zu ändern, da dieser ihrer Ansicht nach immer noch nicht deutlich genug zum Ausdruck bringt, dass es die Mitgliedstaaten sind, die ihre Politik untereinander koordinieren. Andere forderten, dort ein stärkeres Gleichgewicht zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik zu berücksichtigen.

In einer Reihe von Wortbeiträgen wurde der Vorschlag, den unabhängigen Status und die derzeitigen Aufgaben der Europäischen Zentralbank beizubehalten, begrüßt. Einige Redner wünschten jedoch eine Erweiterung des Mandats der EZB entsprechend dem der Federal Reserve der USA.

Was Steuerfragen anbelangt, so bedauerten einige, dass der vorgeschlagene Text keine weitere Ausdehnung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit vorsieht. Einige hatten Bedenken, weil sie den Text gemessen an den bestehenden Bestimmungen sogar als einen Rückschritt ansahen. Mehrere betonten jedoch, dass jeglicher Schritt in Richtung auf eine Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit in diesem Bereich inakzeptabel wäre; für einige von ihnen ist bereits der Text in der vorgelegten Fassung unannehmbar; für andere ist er an der Grenze dessen, was sie akzeptieren könnten.

Der Vorsitzende schloss die Aussprache mit dem Hinweis, dass in dem vom Präsidium vorgelegten Text den unterschiedlichen Ansichten zu dem behandelten Themenkomplex, einschließlich der speziellen Vorschriften für die Mitgliedstaaten der Eurogruppe, so weit wie möglich Rechnung getragen worden sei. Der Text lasse sich jedoch sicherlich noch verbessern, und das Präsidium werde prüfen, in welcher Form dies geschehen könnte. Es würde auch die Artikelentwürfe zu den Steuerfragen noch einmal prüfen und dabei die verschiedenen in der Aussprache zum Ausdruck gebrachten Standpunkte berücksichtigen. Hierzu wie auch zu anderen Fragen wären schriftliche Beiträge der Gruppierungen des Konvents für das Präsidium hilfreich.

IV. AUSSPRACHE ÜBER DIE TEXTENTWÜRFE BETREFFEND DIE EIGENMITTEL UND DAS HAUSHALTSVERFAHREN

Die Artikelentwürfe betreffend die Finanzen der Union in Teil I wie auch in Teil III der Verfassung wurden generell positiv aufgenommen, obwohl in einigen Punkten noch gewisse Schwierigkeiten bestehen.

Über die vom Präsidium in Artikel 39 vorgeschlagenen Haushaltsgrundsätze scheint weitgehender Konsens zu herrschen. Einige Konventsmitglieder würden den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung und die Überwachung der Einhaltung dieses Grundsatzes gerne stärker betont sehen.

Was das Verfahren für die Annahme des Systems der Eigenmittel anbelangt, so sind einige Konventsmitglieder gegen die in Artikel I-53 vorgesehenen unterschiedlichen Verfahren für die Festsetzung der Obergrenze für die Finanzmittel und die Einführung neuer Mittelkategorien einerseits und die Modalitäten der Finanzmittel andererseits. Diese Mitglieder würden lieber das derzeitige Verfahren für alle diese Fälle beibehalten. Andere Mitglieder sind der Ansicht, dass man weiter gehen und das Erfordernis der Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten abschaffen oder sogar bei sämtlichen Maßnahmen betreffend die Eigenmittel zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit übergehen und die Rolle des Europäischen Parlaments in dem Verfahren stärken sollte. Einige Mitglieder des Konvents wünschten, dass in der Verfassung die Möglichkeit der Einführung neuer Mittelkategorien fiskalischer Art vorgesehen werden sollte. Andere waren dagegen.

In einigen Wortbeiträgen wurden Einwände dagegen erhoben, dass in Artikel I-53 der Grundsatz der hinreichenden Mittelausstattung erwähnt wird. Andere haben sich dafür ausgesprochen und außerdem beantragt, dass der Gedanke der Gerechtigkeit in diesen Artikel eingeführt wird.

Weitgehender Konsens bestand darüber, dass die finanzielle Vorausschau - der "mehrjährige Finanzrahmen" - als verbindlicher Rahmen für die Haushaltsdisziplin förmlich in der Verfassung verankert wird. Es gibt aber noch einige Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des Verfahrens. Einige Konventsmitglieder schlagen das Mitentscheidungsverfahren vor. Einige sind jedoch der Ansicht, dass der Rat darüber beschließen sollte, und zwar einstimmig. Einige Konventsmitglieder sprechen sich dagegen aus, dass das letzte Jahr des vorhergehenden Finanzrahmens verlängert wird, falls der neue Finanzrahmen bei Auslaufen des vorherigen noch nicht festgelegt ist.

Was das jährliche Verfahren anbelangt, so scheint Konsens darüber zu bestehen, dass die Unterscheidung zwischen obligatorischen und nicht-obligatorischen Ausgaben nach Maßgabe der Bedingungen, die in verschiedenen Bestimmungen des Verfassungsentwurfs förmliche Verankerung des Finanzrahmens in der Verfassung (Artikel I-54) und Definition der rechtlich obligatorischen Ausgaben (III-315) präzisiert werden, aufgehoben wird. Der Vorschlag betreffend das jährliche Verfahren findet breite Unterstützung. Einige Konventsmitglieder würden es allerdings lieber sehen, dass im Fall der Uneinigkeit zwischen Rat und Parlament der niedrigere der jeweils vorgeschlagenen Beträge in den Haushalt eingesetzt wird.

In einigen Beiträgen wurde der Wunsch geäußert, dass für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik spezifische Verfahrensmodalitäten vorgesehen werden.

V. AUSSPRACHE ÜBER DEN ENTWURF DES TEILS II DER VERFASSUNG

Die Aufnahme der Grundrechtecharta und ihrer Präambel in Teil II der Verfassung wurde von den Mitgliedern des Konvents weitgehend unterstützt, obwohl einige es vorgezogen hätten, dass die Charta den ersten Teil bildet, und andere sie lieber in Form eines Protokolls im Anhang zum Vertrag aufgenommen hätten.

Für mehrere Konventsmitglieder stellen die Anpassungen der übergreifenden Schlussbestimmungen der Charta, die von der Arbeitsgruppe II vorgenommen worden waren, und die Aktualisierung der Erläuterungen des Präsidiums eine wesentliche Bedingung dafür dar, dass sie akzeptieren können, dass die Charta rechtliche Bindewirkung erhält. Einige würden es gerne sehen, wenn auch den Erläuterungen selbst Rechtswirkung gegeben oder zumindest im Text der Verfassung ausdrücklich auf sie hingewiesen würde. Herr Vitorino, der Vorsitzende der Gruppe "Charta", erklärte, dass an der Aktualisierung der Erläuterungen zur Charta gearbeitet werde.

VI. AUSSPRACHE ÜBER DIE ARTIKELENTWÜRFE DES TEILS III DER VERFASSUNG

Mehrere Konventsmitglieder äußerten den Wunsch, Gelegenheit zu erhalten, bestimmte Fragen in Teil III vor allem in technischer Hinsicht noch gründlicher zu prüfen. Die wichtigsten Fragen, die bei dieser ersten Aussprache aufgeworfen wurden, waren folgende:

Ausdehnung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit

Eines der wichtigsten behandelten Themen war die Ausdehnung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit. Zahlreiche Konventsmitglieder hielten die bisher vorgenommene Ausdehnung nicht für ausreichend, wobei einige erklärten, dass die Fälle, in denen Einstimmigkeit verlangt werde, strikt auf Ausnahmefälle beschränkt werden müssten.

Andere wiesen darauf hin, dass die Einstimmigkeit in einigen Politikbereichen, vor allem im Steuer- und Sozialbereich, erhalten bleiben müsse. In diesem Zusammenhang schlugen einige Mitglieder vor, als Ersatz für die einstimmige Beschlussfassung eine Beschlussfassung mit verstärkter qualifizierter Mehrheit vorzusehen.

Was die Handelspolitik anbelangt, so bestanden einige Konventsmitglieder darauf, dass für die Aushandlung und den Abschluss von Abkommen im Bereich der kulturellen und audiovisuellen Dienstleistungen sowie im Bereich des Bildungs- und Gesundheitswesens Einstimmigkeit vorgesehen werden müsse. Andere unterstützten den Vorschlag des Präsidiums mit dem Hinweis, dass für effiziente Verhandlungen der erweiterten Union eine Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit erforderlich sei.

Was die Beschlüsse im Bereich der GASP anbelangt, so bedauerte eine Reihe von Konventsmitgliedern die Beibehaltung der Einstimmigkeit als Regel. Sie waren der Ansicht, dass durch das Erfordernis der Einstimmigkeit die Fähigkeit der Union, international Stellung zu nehmen und zu handeln, geschwächt wird. Diese Mitglieder des Konvents wünschten, dass die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit die allgemeine Regel wird, allerdings verbunden mit einer Schutzklausel, um zu verhindern, dass ein Mitgliedstaat, dessen vitale Interessen gefährdet sind, überstimmt werden kann. Andere Konventsmitglieder sprachen sich, ohne die Einstimmigkeit als Regelfall in Frage zu stellen, für eine Erweiterung der Liste der Fälle aus, in denen der Rat - abweichend von der Regel - Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit erlassen kann, beispielsweise wenn der Rat auf gemeinsamen Vorschlag des Außenministers und der Kommission beschließt, wenn er Beschlüsse erlässt, die restriktive Maßnahmen beinhalten, und wenn er Beschlüsse erlässt, die GASP-Maßnahmen unterhalb einer bestimmten Finanzschwelle betreffen. Andere Mitglieder des Konvents waren hingegen der Ansicht, dass die Vorschläge des Präsidiums zum Beschlussfassungsverfahren im Bereich der GASP zufrieden stellend seien, zumal Artikel III-196 Absatz 3 ja den Übergang zur qualifizierten Mehrheit ermögliche, ohne dass es einer Vertragsänderung bedarf.

Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

Zu den Bestimmungen betreffend den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts äußerten sich die Konventsmitglieder eher positiv. Einige erklärten jedoch, dass sie noch Schwierigkeiten hätten zu akzeptieren, dass bei der Festlegung der Mindestvorschriften für Strafverfahren das ordentliche Gesetzgebungsverfahren angewandt werden soll. Mehrere Konventsmitglieder merkten außerdem zu Artikel III-161 über die Einwanderung an, dass sie für die Beschlussfassung über den

Zugang zum Arbeitsmarkt (und somit zur Sozialversicherung) für Staatsangehörige dritter Länder, die sich rechtmäßig im Gebiet der Union aufhalten, die Einstimmigkeitsregel wünschten. Einige Konventsmitglieder waren mit der Bestimmung, in der die Schaffung einer Europäischen Staatsanwaltschaft ausgehend von Eurojust vorgesehen ist, nicht einverstanden. Andere wiederum fanden, dass diese Bestimmung nicht weit genug gehe und dass der Weg für eine verstärkte Zusammenarbeit unter weniger strikten Bedingungen, als sie für eine verstärkte Zusammenarbeit normalerweise vorgesehen sind, eröffnet werden sollte.

Einige Konventsmitglieder begrüßten die Anwendung der Einstimmigkeitsregel auf das Familienrecht, die Streichung des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens bei der elterlichen Verantwortung und die Bestimmung, in der die Möglichkeit vorgesehen ist, Aspekte des Familienrechts mit grenzüberschreitenden Bezügen, zu denen nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren Rechtsakte erlassen werden könnten, einstimmig festzulegen.

Verteidigung

Was die Verteidigungspolitik anbelangt, so erklärten einige Konventsmitglieder, dass sie Schwierigkeiten hätten, zu akzeptieren, dass in der Verfassung vorgesehen wird, dass bei Erfüllung anspruchsvoller Kriterien in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten im Hinblick auf Missionen mit höchsten Anforderungen eine strukturierte Zusammenarbeit begründet werden kann, vor allem weil sie der Ansicht waren, dass die Zusammenarbeit offener gestaltet sein müsste. Einige andere wiederum waren gegen die Änderung des Wortlauts der Bestimmungen über die strukturierte Zusammenarbeit, mit der die Erklärung durch das Protokoll ersetzt wurde. Gegen die Möglichkeit einer engeren Zusammenarbeit im Bereich der gegenseitigen Verteidigung gab es ebenfalls gewisse Widerstände. Einige Konventsmitglieder begrüßten jedoch die Aufnahme dieser Klauseln in die Verfassung.

Mehrere Mitglieder gaben ihrer Befriedigung über die Erweiterung des Geltungsbereichs der Solidaritätsklausel Ausdruck, die das Präsidium vorgenommen hatte, wobei einige eine noch weite reichende Erweiterung, beispielsweise auf alltägliche Unfälle, wünschten. Andere bezweifelten die Notwendigkeit der Aufnahme dieser Klausel in die Verfassung.

Leistungen der Daseinsvorsorge

Mehrere Konventsmitglieder äußerten den Wunsch nach einer offeneren Anerkennung der Bedeutung der Leistungen der Daseinsvorsorge, und einige wünschten eine Rechtsgrundlage für

ihre Förderung. Einige führten hierzu aus, dass eine solche Anerkennung die Behörden durchaus nicht daran hindere, die entsprechenden Dienstleistungen dem Privatsektor zu übertragen.

Neue Rechtsgrundlagen

Die Entwürfe für neue Rechtsgrundlagen, die sich aus dem Titel über die Zuständigkeiten in Teil I der Verfassung ergeben, wurden generell positiv aufgenommen. Es handelt sich um Rechtsgrundlagen für die Bereiche Sport, Energie, Zivilschutz, geistiges Eigentum, Verwaltungszusammenarbeit und Raumfahrt. Es gab einige Vorbehalte in Bezug auf die Rechtsgrundlage für den Energiebereich. Es wurden andere zusätzliche Rechtsgrundlagen vorgeschlagen, beispielsweise für die grenzübergreifende Zusammenarbeit oder für das Statut der Europäischen Aktiengesellschaft.

Euratom

Was den Euratom-Vertrag anbelangt, so erklärten einige Konventsmitglieder, dass sie den Vorschlag des Präsidiums, den Euratom-Vertrag unverändert zu übernehmen, und nur die institutionellen und finanziellen Bestimmungen dieses Vertrags anzupassen, nicht zustimmen konnten. Sie wünschten, dass dieser Vertrag substantiell geändert und der gegenwärtigen Lage angepasst wird; dabei sollte insbesondere das ordentliche Gesetzgebungsverfahren vorgesehen werden. Andere Konventsmitglieder hielten dem entgegen, dass eine substantielle Änderung des Euratom-Vertrags unrealistisch sei. Einige schlugen vor, eine Überprüfungsklausel für die Änderung des Euratom-Vertrags oder aber eine Auflösungsklausel vorzusehen, nach der der Vertrag zu einem bestimmten im Voraus festgelegten Zeitpunkt ausläuft.

Sonstige institutionelle Fragen

Mehrere Konventsmitglieder schlugen vor, den direkten Zugang der Bürger zum Gerichtshof (Artikel III-266) zu verbessern und den Rechtsschutz im Bereich der GASP und auch im Asylbereich (Dringlichkeitsverfahren) zu verbessern.

Ein Mitglied des Konvents erklärte, dass in der Verfassung die Ausnahmefälle genannt werden müssen, in denen der Rat und nicht die Kommission Durchführungsverordnungen erlässt, und dass die Regelungsbefugnis der Kommission hinsichtlich der Ausnahmen nach Kategorien präzisiert werden müsse.

o
o o

Der Vorsitzende bestätigte den Mitgliedern des Konvents, dass er beabsichtige, Konsultationen mit den Gruppierungen durchzuführen. Sie werden am Mittwoch, dem 4. Juni stattfinden, und zwar um 9.30 Uhr mit den Vertretern der nationalen Parlamente, um 15.00 Uhr mit den Vertretern der Regierungen, um 17.00 Uhr mit den Vertretern des Europäischen Parlaments und um 19.00 Uhr mit den Vertretern der Kommission.

Session plénière vendredi 30 et samedi 31 mai 2003

LISTE DES ORATEURS

suivant l'ordre des interventions

Vendredi 30 mai (11h00)

**1. Débat sur les projets de textes concernant les coopérations renforcées
(CONV 723/03).**

1. M. Pierre LEQUILLER - France (Parlement)
2. M. Jozef OLEKSY - Pologne (Parlement)
3. Mme Lena HJELM-WALLEN - Suède (Gouvernement)
4. M. Andrew DUFF - Parlement européen
5. Mme Marietta GIANNAKOU - Grèce (Parlement)
6. M. Jari VILÉN - Finlande (Parlement)
7. M. Marco FOLLINI - Italie (Parlement)
8. M. Frans TIMMERMANS - Pays Bas (Parlement)
9. M. Peter SKAARUP - Danemark (Parlement)

(Carton bleu : Voggenhuber)

10. M. Jens-Peter BONDE - Parlement européen
11. M. Peter HAIN - Royaume Uni (Gouvernement)
12. M. Jelko KACIN - Slovénie (Parlement)
13. M. Kimmo KILJUNEN - Finlande (Parlement)
14. M. Michael FRENDÓ - Malte (Parlement)
15. M. Hubert HAENEL - France (Parlement)
16. M. René van der LINDEN - Pays Bas (Parlement)
17. M. Dick ROCHE - Irlande (Gouvernement)
18. M. Paraskevas AVGERINOS - Grèce (Parlement)
19. Mme Teija TIILIKAINEN - Finlande (Gouvernement)
20. M. Jan ZAHRADIL - Rép. Tchèque (Parlement)
21. M. Edmund WITTBRODT - Pologne (Parlement)
22. M. Proinsias DE ROSSA - Irlande (Parlement)
23. M. Rytis MARTIKONIS - Lituanie (Gouvernement)
24. M. Göran LENNMARKER - Suède (Parlement)
25. M. Alexandru ATHANASIU - Roumanie (Parlement)
26. M. Eugen BÖSCH - Autriche (Parlement)
27. M. Tunne KELAM - Estonie (Parlement)
28. Mme Sandra KALNIETE - Lettonie (Gouvernement)
29. M. Joschka FISCHER - Allemagne (Gouvernement)

(Cartons bleus : Dini, Voggenhuber)

30. M. Vytenis ANDRIUKAITIS - Lituanie (Parlement)
31. M. Luis MARINHO - Parlement européen
32. Mme Eduarda AZEVEDO - Portugal (Parlement)
33. M. Michel BARNIER - Commission
34. M. Josef ZIELENIEC - Rép. Tchèque (Parlement)
35. M. Ernani LOPES - Portugal (Gouvernement)

SUPPLÉANTS

- 36. M. Pierre CHEVALIER - Belgique (Gouvernement)
 - 37. M. Adrian SEVERIN - Roumanie (Parlement)
 - 38. Mme Pascale ANDREANI - France (Gouvernement)
 - 39. M. Peter GOTTFRIED - Hongrie (Gouvernement)
 - 40. Mme Pervenche BERES - Parlement européen
- (Carton bleu : Vitorino)

- * suppléant M. Michel
- * suppléant M. Hasotti
- * suppléante M. de VILLEPIN
- *suppléant M. Balázs
- * suppléante M. Duhamel

Vendredi 30 mai (15h00)

2. Débat sur les projets de textes concernant **- la gouvernance économique et** **- les ressources propres et la procédure budgétaire** **(CONV 724/03, CONV 725/03, CONV 727/03)**

- 1. M. Lamberto DINI - Italie (Parlement)
 - 2. M. René van der LINDEN - Pays Bas (Parlement)
 - 3. M. Hannes FARNLEITNER - Autriche (Gouvernement)
 - 4. M. Jürgen MEYER - Allemagne (Parlement)
 - 5. M. Jelko KACIN - Slovénie (Parlement)
 - 6. M. Michel BARNIER - Commission
 - 7. M. Andrew DUFF - Parlement européen
 - 8. M. Gijs DE VRIES - Pays Bas (Gouvernement)
 - 9. M. Sören LEKBERG - Suède (Parlement)
 - 10. M. Caspar EINEM - Autriche (Parlement)
 - 11. M. Ben FAYOT - Luxembourg (Parlement)
 - 12. Mme Teija TIILIKAINEN - Finlande (Gouvernement)
 - 13. M. Alain LAMASSOURE - Parlement européen
 - 14. M. Gianfranco FINI - Italie (Gouvernement)
- (Cartons bleus : Kauppi, Katiforis, Kauffman, Bonde, Mendez de Vigo)
- 15. M. Josep BORRELL - Espagne (Parlement)
 - 16. M. Proinsias DE ROSSA - Irlande (Parlement)
 - 17. M. Ernani LOPES - Portugal (Gouvernement)
 - 18. Mme Sandra KALNIETE - Lettonie (Gouvernement)
 - 19. M. Pierre LEQUILLER - France (Parlement)
 - 20. M. Erwin TEUFEL - Allemagne (Parlement)
 - 21. M. Jens-Peter BONDE - Parlement européen
 - 22. M. Peter HAIN - Royaume Uni (Gouvernement)
 - 23. Mme Hanja MAIJ-WEGGEN - Parlement européen
- (Cartons bleus : Dastis, Wuermeling, Duff)
- 24. M. Dick ROCHE - Irlande (Gouvernement)
 - 25. M. Klaus HAENSCH - Parlement européen
 - 26. M. Rein LANG - Estonie(Parlement)
 - 27. Mme Cristiana MUSCARDINI - Parlement européen
 - 28. M. Kimmo KILJUNEN - Finlande (Parlement)
 - 29. M. Göran LENNMARKER - Suède (Parlement)
 - 30. M. Vytenis ANDRIUKAITIS - Lituanie (Parlement)

31. Mme Linda McAVAN - Parlement européen
 32. Mme Hildegard PUWAK - Roumanie (Gouvernement)
 33. M. Jan FIGEL - Rép. Slovaque (Parlement)
 34. Mme Anne VAN LANCKER - Parlement européen
 35. Mme Danuta HÜBNER - Pologne (Gouvernement)
 36. M. Alberto COSTA - Portugal (Parlement)
 37. M. Jari VILÉN - Finlande (Parlement)
 38. M. John BRUTON - Irlande (Parlement)
- Cartons bleus : Duff, Roche, Van Lancker, MacCormick, Barnier)*

SUPPLÉANTS

- | | |
|------------------------------------------------------------|-----------------------------|
| 39. M. David O'SULLIVAN - Commission | * suppléant M. Vitorino |
| 40. M. Hans-Martin BURY - Allemagne (Gouvernement) | * suppléant M. Fischer |
| 41. Lord TOMLISON - Royaume Uni (Parlement) | * suppléant Mme Stuart |
| <i>(Cartons bleus : Christophersen, de Vries, Duhamel)</i> | |
| 42. M. Pierre CHEVALIER - Belgique (Gouvernement) | * suppléant M. Michel |
| 43. M. Carlos CARNERO - Parlement européen | * suppléant M. Marinho |
| 44. Mme Lenka ROVNA - Rép. Tchèque (Gouvernement) | * suppléante M. Kohout |
| 45. Mme Pervenche BERES - Parlement européen | * suppléante M. Duhamel |
| 46. M. Adrian SEVERIN - Roumanie (Parlement) | * suppléant M. Hasotti |
| 47. Mme Pascale ANDREANI - France (Gouvernement) | * suppléante M. De Villepin |
| 48. M. Valdo SPINI - Italie (Parlement) | * suppléant M. Follini |
| 49. M. Henrik HOLOLEI - Estonie (Gouvernement) | * suppléant M. Meri |
| 50. M. Antonio NAZARE PEREIRA - Portugal (Parlement) | * suppléant Mme Azevedo |
- (Cartons bleus : Barnier, Fayot, Kiljunen, Lenmarker, Van Lancker)*

OBSERVATEURS

M. Emilio GABAGLIO - Partenaires sociaux

Samedi 31 mai

3. Débat sur le projet des parties II et III de la Constitution (CONV 725/03, CONV 726/03, CONV 727/03)

1. M. Hannes FARNLEITNER - Autriche (Gouvernement)
 2. M. Jan FIGEL - Rép. Slovaque (Parlement)
 3. Mme Anne VAN LANCKER - Parlement européen
 4. M. Göran LENNMARKER - Suède (Parlement)
 5. M. Ernani LOPES - Portugal (Gouvernement)
 6. M. Kimmo KILJUNEN - Finlande (Parlement)
 7. M. Antonio TAJANI - Parlement européen
 8. M. Antonio VITORINO - Commission
 9. M. Sören LEKBERG - Suède (Parlement)
 10. Mme Teija TIILIKAINEN - Finlande (Gouvernement)
 11. M. Pierre LEQUILLER - France (Parlement)
 12. M. Dick ROCHE - Irlande (Gouvernement)
 13. M. Hubert HAENEL - France (Parlement)
- (Cartons bleus : Voggenhuber, Fayot, Hain, Rack, Paciotti, Vitorino)*
14. M. Andrew DUFF - Parlement européen
 15. M. Pierre CHEVALLIER – Belgique (Gouvernement)

16. M. Jürgen MEYER - Allemagne (Parlement)
17. M. Peter HAIN - Royaume Uni (Gouvernement)
18. M. Olivier DUHAMEL - Parlement européen
19. M. Michel BARNIER - Commission
20. M. Aloiz PETERLE - Slovénie (Parlement)
21. Mme Hanja MAIJ-WEGGEN - Parlement européen
22. M. Proinsias DE ROSSA - Irlande (Parlement)
23. M. Gianfranco FINI - Italie (Gouvernement)
24. M. Caspar EINEM - Autriche (Parlement)
25. M. Jelko KACIN - Slovénie (Parlement)
26. M. Elmar BROK - Parlement européen
27. Mme Sandra KALNIETE - Lettonie (Gouvernement)
- (Cartons bleus : Beres, Kvist, Carey, Lenmarker, Van der Linden, Barnier, Maij-Weggen, Roche, Van Lancker, Thorning Schmidt, Gormley, Bruton)*
28. M. Vytenis ANDRIUKAITIS - Lituanie (Parlement)
29. M. Erwin TEUFEL - Allemagne (Parlement)
30. M. Alain LAMASSOURE - Parlement européen
31. M. Peter SERRACINO-INGLOTT - Malte (Gouvernement)
32. M. Panayiotis DEMETRIOU - Chypre (Parlement)
33. M. Lamberto DINI - Italie (Parlement)
34. M. Ben FAYOT - Luxembourg (Parlement)
35. M. Jan ZAHRADIL - Rép. Tchèque (Parlement)
36. M. Gijs DE VRIES - Pays Bas (Gouvernement)
37. Mme Eduarda AZEVEDO - Portugal (Parlement)
38. Mme Hildegard PUWAK - Roumanie (Gouvernement)
39. Mme Sylvia-Yvonne KAUFMANN - Parlement européen

SUPPLEANTS

- | | |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <ol style="list-style-type: none"> 40. M. Adrian SEVERIN - Roumanie (Parlement) 41. M. Diego LOPEZ GARRIDO - Espagne (Parlement) 42. Mme Pascale ANDREANI - France (Gouvernement) 43. M. Hans-Martin BURY - Allemagne (Gouvernement) 44. Mme Elena PACIOTTI - Parlement européen 45. Mme Maria BERGER - Parlement européen 46. M. Valdo SPINI - Italie (Parlement) 47. M. Joachim WUERMELING - Parlement européen 48. M. Eduard MAINONI - Autriche (Parlement) 49. Mme. Marta FOGLER - Pologne (Parlement) 50. M. William ABITBOL - Parlement européen 51. M. Istvan SZENT-IVANY - Hongrie (Parlement) 52. M. Esko HELLE - Finlande (Parlement) <i>(Carton bleu : Lennmarker, De Rossa, Cisneros, Vilen)</i> | <ul style="list-style-type: none"> * suppléant M. Hasotti * suppléant M. Borrell * suppléante M. De Villepin * suppléant M. Fischer * suppléante Mme McAvan * suppléante M. Hänsch * suppléant M. Follini * suppléant de M. Kirkhope * suppléant M. Bösch * suppléante M. Oleksy * suppléant M. Bonde * suppléant M. Vastagh * suppléant M. Vilén |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

OBSERVATEURS

- M. Emilio GABAGLIO - Partenaires sociaux
M. Josef CHABERT - Comité des régions
(Carton bleu : McLennan, Dybkjaer, Wagener, Bonde)